

(A) Instrumentenreform – der Kollege Reinken hat darauf hingewiesen – ein Teil der Instrumente durch überbordende Bürokratie schlicht praxisuntauglich geworden sind, und sich ebenfalls anzuschauen, dass zum 1. April 2012 die Instrumentenreform in Kraft getreten ist und eine ganze Reihe von förderrechtlichen Fragen im Detail noch nicht geklärt waren.

Stellen Sie sich einmal vor, in den Jobcentern sitzen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – und denen kann man keinen Vorwurf machen –, die einerseits Geld ausgeben sollen, sie sollen etwas für beschäftigungslose Menschen in Bremen und Bremerhaven tun, und andererseits haben sie noch nicht den förderrechtlichen Rahmen und die Ausprägungen, um die Mittel entsprechend einsetzen zu können. Darüber hinaus waren prozesstechnische Anpassungen und ein erhöhter Schulungsbedarf für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter notwendig, und das zeigt, in welchem bürokratischen und übersteuerten Umfeld wir uns befinden.

Wenn Sie dann zwei ganz konkrete Themen betrachten, dann war es in Bremerhaven beispielsweise so, dass nicht in allen Fällen die geplanten Bildungsgutscheine realisiert werden konnten, weil beispielsweise Träger im Bereich der Altenpflege und der Erzieherinnen und Erzieher nicht in der Lage waren, kurzfristig ihre Kapazitäten aufzumachen. Auch das zeigt, dass wir ein Stück weit ein Mismatch zwischen dem haben, was auf der einen Seite gewünscht und auf der anderen Seite gefordert wird, nämlich Bildungsgutscheine auszulegen. Wenn wir aber durch Planungsunsicherheiten auf der Seite der Träger dann nicht die entsprechenden Kapazitäten haben, kann man diese Bildungsgutscheine nicht am Markt platzieren.

Wenn Sie sich dann anschauen – auch das Thema der Förderzentren ist bereits in der Diskussion angesprochen worden –, die Förderzentren sind ausgesprochen kostenintensiv, sie sind allerdings erst später eingerichtet worden, und auch das spiegelt sich dann natürlich bei der Mittelausschöpfung wider. Das Gleiche gilt bei der Nachfrage nach dem Einstiegsgeld und den Eingliederungszuschüssen, die nach Informationen des Jobcenters Bremen erst im vierten Quartal 2012 den Erwartungen entsprachen.

Sie sehen daran, dass es Notwendigkeiten gibt, die Instrumente zu schärfen, die Instrumente auch im Zusammenwirken mit den Jobcentern und unserem Partner, der Bundesagentur für Arbeit, zu schärfen und darauf hinzuwirken, dass unser hohes Interesse in Bremen nicht der Grundsatz ist, der auf Bundesebene vorherrscht, nämlich bei den Arbeitslosen zu sparen und das bei der Arbeitsmarktförderung als oberstes Prinzip gelten zu lassen, sondern unser festes Ziel ist es, zu aktivieren und deswegen auch die Mittel aktiv einzusetzen, um Menschen in Arbeit zu vermitteln.

Ich würde mich freuen, wenn wir die Diskussion über die Jobcenter und über die Ausgestaltung der

Instrumente jenseits der Überschriften, die Sie, Herr Rupp, hier heute in der Aktuellen Stunde in Hülle und Fülle produziert haben, in der Deputation weiterführen, da, wo man dann auch konkret darauf einwirken kann, und dabei nicht aus dem Blick verlieren, dass man schon darauf hinweisen muss – und darüber kann man nicht so leicht hinweggehen, wie es der Kollege Kastendiek in der Debatte versucht hat –, dass zwei Denkschulen aufeinander treffen. Die eine Denkschule sagt, wir haben eigentlich kein Problem mehr im Bereich der Arbeitslosigkeit, das ist die der Bundesregierung, deswegen können wir Mittel zusammenstreichen und die Instrumente so stellen, dass sie am Ende kaum noch Wirkung haben.

Die andere Denkschule, und der gehören wir und der Senat auch an, sagt, wir müssen Menschen aktivieren, weiterbilden, qualifizieren, müssen dafür die Mittel einsetzen und dürfen nicht durch überzogene bürokratische Hürden den Spargedanken in den Vordergrund stellen, sondern unser Ziel muss es sein, Menschen durch die Instrumente, die uns bei den Jobcentern zur Verfügung stehen, eine Perspektive am Arbeitsmarkt zu geben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Wir kommen nun auf Antrag der Abgeordneten Möhle, Tschöpe und Fraktion der SPD und des Abgeordneten Dr. Güldner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem zweiten Thema:

### **Schwarz-gelbe Familienpolitik: zu schlecht, um wahr zu sein?!**

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)\*: Herr Präsident, mein Damen und Herren! Es geht hier um die stolze Summe von 200 Milliarden Euro. Das ist die Summe, die der Staat jedes Jahr zur Förderung von Kindern und Familien ausgibt.

Frau von der Leyen hat vor einigen Jahren eine Regierungsstudie in Auftrag gegeben, die eine Kosten-Nutzen-Analyse vornehmen sollte. Sie hatte offenbar den Verdacht, dass die Effekte ihrer Familienpolitik nicht ausreichend sind, um Familien in ihren individuellen Lebensformen und -anforderungen gerecht zu werden. Die Ergebnisse liegen jetzt vor, sie sollen jedoch unter Verschluss gehalten werden. Warum, meine Damen und Herren? Weil die Ergebnisse so verheerend sind, dass sie bis zur Bundestagswahl nicht veröffentlicht werden sollen!

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)
- Ganz offensichtlich haben auch sie verstanden, dass ihre Familienpolitik untauglich, wirkungslos und von gestern ist.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)
- Eigentlich wäre es jetzt sinnvoll, sich an die Arbeit zu machen, um die dringend nötigen Korrekturen auf den Weg zu bringen. Aber was passiert? Nichts passiert! Die Bundesregierung hat Angst vor einer Wahlniederlage im September,
- (Widerspruch bei der CDU – Abg. R o h -  
m e y e r [CDU]: Haben Sie eigentlich schon  
einmal die Umfragen gelesen?)
- denn offenbar glaubt sie inzwischen selbst, dass die Fragen zu gerechter Familienpolitik durchaus auch Wahlen entscheiden können. Wir, die Sozialdemokraten, glauben das übrigens auch!
- (Beifall bei der SPD)
- (B) Beginnen wir aber einmal am Anfang! Im Jahr 2010 wurde das Kindergeld um 20 Euro im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes erhöht. Hauptsächlich sollten aber Unternehmen entlastet werden, besonders im Hotelgewerbe. Die Erhöhung des Kindergeldes sollte dem Ganzen sozusagen einen sozialen Anstrich geben. Es gab damals harte Kritik, zum Beispiel vom Städte- und Gemeindebund oder auch von der Caritas. Dieses Geld wurde von niemandem gefordert, und wenn es für Kinder ausgegeben werden sollte, dann doch bitte für Betreuungs- und Bildungseinrichtungen!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)
- Da waren sich außer der Bundesregierung alle einig.
- Ich kann mich auch noch gut an die Debatte zu diesem Thema in diesem Hause erinnern. Was hat es den Familien gebracht? Wieder nichts! Die Familien, die es am dringendsten gebraucht hätten, haben von der Änderung des Kinderfreibetrags ohnehin nicht profitiert, sondern eher Besserverdienende.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)
- Bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Betreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in diesem Jahr werden die Länder und Kommunen auf Dauer nicht ausreichend unterstützt. Zwar gab
- es Geld für Investitionen, jedoch nicht für den dauerhaften Betrieb der Einrichtung. (C)
- (Abg. Frau A h r e n s [CDU]: Mehr Umsatzsteuerpunkte, vergessen Sie das nicht!  
Das stimmt nicht, das ist die Unwahrheit!)
- Nach der Studie sind trotz erhöhter Ausgaben für Familienpolitik im internationalen Vergleich die Effekte weitestgehend wirkungslos. Deutschland bildet zudem das Schlusslicht bei der Geburtenrate und bei den Berufschancen für junge Mütter. Steuerliche Leistungen wie das Ehegattensplitting seien ziemlich unwirksam, das Kindergeld sei wenig effektiv und die beitragsfreie Mitversicherung der Ehepartner in der Krankenkasse besonders unwirksam, sagt die Studie.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)
- Deutschlands Programme für Eltern und Kinder, so haben die Forscher ermittelt, halten nicht nur bestens ausgebildete Frauen vom Arbeitsmarkt fern, sie verschärfen auch die soziale Schieflage und fördern sogar die Altersarmut von morgen.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)
- (D) Von den verloren gegangenen Steuereinnahmen will ich hier noch gar nicht sprechen.
- Die Krönung all dessen ist jedoch die sogenannte Herdprämie, also Papa geht arbeiten, und Mama steht am Herd und bekommt dafür eine Prämie, wenn sie die Kinder nicht in eine frühkindliche Bildungseinrichtung gibt. Das ist also eine frühkindliche Bildungsvermeidungsprämie.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)
- Zurück in die Sechzigerjahre, und Sie nennen es dann auch noch Betreuungsgeld!
- Das, meine Damen und Herren, versteht außer der Bundesregierung wirklich niemand. Was soll man da eigentlich verstehen? Die Kommunen geben Geld dafür aus, damit die Kinder möglichst früh in eine Betreuungseinrichtung kommen, und die Bundesregierung gibt Geld dafür aus, damit die Kinder nicht in die Kitas gehen.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)
- Familienpolitik made in Germany!
- Wir kommen also nicht umhin, unsere Familienpolitik an den realen Lebenslagen der Familien zu

(A) orientieren. Moderne und sozial gerechte Familienpolitik muss der Vielfalt der Familienformen in unserer Gesellschaft gerecht werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen – Abg. B e n s c h [CDU]: Dann  
müssten Sie ja für das Betreuungsgeld sein!)

Die traditionelle Ehe mit einem Alleinverdiener ist nur noch ein Familienmodell unter vielen. Alleinerziehende, Patchworkfamilien und Familien ohne Trauschein sind zur gesellschaftlichen Realität geworden. Wünsche von jungen Frauen verändern sich. Es geht nicht mehr ausschließlich darum, Mutter und Hausfrau zu sein, und junge Männer können sich vorstellen, nicht nur für den Beruf leben zu wollen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Dabei rücken deutlich die Probleme der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in den Fokus. Familien nur finanziell zu unterstützen reicht nicht mehr! Der Ausbau der Infrastruktur in qualitative hochwertige, frühkindliche, ganztägige Betreuungseinrichtungen, die Einrichtung von eben solchen Ganztagschulen, das ist der Schlüssel für die Bildungschancen aller Kinder!

(B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Dabei können viele Probleme von Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit gelöst werden, und diese Erkenntnis ist nun wirklich nicht neu.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Es kann nicht sein, dass so viele Eltern, die Vollzeit arbeiten, von den geringen Lohn für ihre Arbeit ihre Familie nicht ernähren können. Es ist dringend ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn einzuführen und ein neues gerechtes Kindergeld. Es heißt übrigens Mindestlohn und nicht Lohnuntergrenze! Dieses Wort muss man sich erst einmal ausdenken!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Das Ehegattensplitting ist genauso abzuschaffen wie das unselige Betreuungsgeld.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Schwarz-Gelb regiert gezielt an den Bedürfnissen der Familien vorbei. Dabei muss dringend umge-

steuert und viel stärker auf die frühe Förderung und die Bildung sowie eine sozialere Ausgestaltung der Familienleistungen gesetzt werden. Die Ergebnisse der Studie gehören auf den Tisch, auch wenn es schmerzhaft ist!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Soziale Gerechtigkeit darf in der Familienpolitik kein Fremdwort sein, sondern sie muss sich daran messen lassen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wendland.

Abg. Frau **Wendland** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Nutzloser Geldregen“, so titelte die „Süddeutsche Zeitung“ am 4. Februar 2013 über die Familienpolitik in Deutschland.

Sie ist zu teuer, sie ist intransparent, sie ist ineffizient, und sie ist meistens ungerecht. Weder wird dadurch Kinderarmut verhindert, noch gelingt es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und  
bei der SPD)

Viel Geld wird direkt an Familien überwiesen, und das ganz unabhängig davon, ob sie dieses Geld überhaupt benötigen. Gleichzeitig fehlen den Kommunen – so auch in Bremen – die nötigen Mittel, um Plätze in den Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen zu schaffen.

(Abg. Frau **A h r e n s** [CDU]: Genau! Der Bund ist einmal wieder schuld, wie immer, wenn Sie irgendetwas nicht auf die Reihe bekommen!)

Diese Feststellungen sind nicht neu. Neu ist allerdings, dass das Problem in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und dass dieser Befund jetzt durch eine wissenschaftliche Studie im Auftrag der schwarz-gelben Bundesregierung bestätigt wurde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und  
bei der SPD)

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) Allerdings soll diese Studie wahrscheinlich das Licht der Öffentlichkeit erst nach der Bundestagswahl erblicken. Das ist nicht nur ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver, um die Verantwortung der schwarz-gelben Bundesregierung zu verschleiern, sondern es verhindert auch, dass notwendige Veränderungen umgesetzt werden können.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)
- Familienpolitik und insbesondere Politik für Kinder ist schon viel zu lange nach ideologischen Kriterien betrieben worden. Es ist längst an der Zeit, das Wohl der Kinder in den Fokus unserer Aufmerksamkeit zu stellen.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)
- Ein nicht unerheblicher Teil der Förderung hat den Trauschein als Voraussetzung, nicht das Zusammenleben mit Kindern. Es wird also eine Form der Partnerschaft gefördert ganz unabhängig davon, ob Kinder vorhanden sind. Das knüpft an die verstaubte und längst überholte Vorstellung an, dass es Kinder nur in Ehen gibt und dass es in Ehen immer Kinder gibt. Die Realität sieht längst anders aus, und für uns Grüne ist Familie dort, wo Kinder sind.
- (B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Frau A h r e n s [CDU]: Kindergeld beispielsweise? – Abg. Bensch [CDU]: Artikel 6 des Grundgesetzes ist doch nicht verstaubt!)
- Das Ehegattensplitting privilegiert verheiratete Paare gegenüber unverheirateten Paaren, und dabei ist es völlig egal, ob sie Kinder haben. Das ist aber nicht die einzige Kritik am Ehegattensplitting. Es basiert vor allem auf dem tradierten Bild des männlichen Alleinverdieners und der daheim bleibenden Hausfrau, denn der Splittingvorteil ist desto höher, je größer der Einkommensunterschied zwischen den Partnern und je höher das Einkommen des besser verdienenden Partners ist. Damit wird strukturell ein negativer Anreiz für verheiratete Frauen gesetzt, um eine Erwerbsarbeit aufzunehmen.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)
- Das Ehegattensplitting wirkt somit als Stilllegeprämie für Frauen. Mit einer Förderung des Zusammenlebens mit Kindern hat das wenig zu tun. Wir Grüne wollen das Ehegattensplitting zugunsten einer Individualbesteuerung mit Realsplitting abschaffen, das heißt, wir wollen grundsätzlich eine individuelle Besteuerung der Ehepartner.
- (Unruhe – Glocke) (C)
- Muss ein Ehepartner ganz oder teilweise für den Unterhalt des anderen aufkommen, dann ist unsere Vorstellung, dass der nicht in Anspruch genommene Grundfreibetrag übertragen werden kann, und darüber hinaus wird der Unterhalt als Sonderausgabe steuerlich berücksichtigt.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Frau A h r e n s [CDU]: Das bringt doch gar nichts, wenn das als Sonderausgaben behandelt wird! Unter dem Strich bleibt dann doch nichts übrig!)
- Die notwendige Förderung des Zusammenlebens mit Kindern soll in Zukunft unabhängig von einem Trauschein erfolgen.
- Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht jedes Kind ist gleich viel wert, denn die Förderung der Kinder über das Steuersystem funktioniert nach der Logik, je höher das Einkommen der Eltern ist, desto höher ist auch die staatliche Förderung für deren Kinder. Besonders deutlich wird das am Zusammenhang zwischen Kindergeld und dem steuerlichen Kinderfreibetrag. Für Kinder wird entweder ein Kindergeld von 184 Euro im Monat oder wahlweise ein steuerlicher Kinderfreibetrag von 4 848 Euro pro Jahr gewährt. Für Ehepaare mit einem zu versteuernden Einkommen von über 60 000 Euro im Jahr führt der Freibetrag zu einer höheren Entlastung, der wiederum mit steigendem Einkommen weiter ansteigt. Verschärft wurde dies im Jahr 2009 durch eine überproportionale Erhöhung des Kinderfreibetrags gegenüber dem Kindergeld.
- (D) Besonders hart betroffen sind die Kinder der Hartz-IV-Empfänger, denn diese Kinder gehen leer aus. Da der Regelsatz angeblich das gesamte Existenzminimum auch der Kinder abdecken soll, wird das Kindergeld vollständig als Einkommen angerechnet und damit vom Regelsatz abgezogen. Was das bedeutet, lässt sich am besten an einem Beispiel erklären, und zwar an der Erhöhung des Kindergeldes.
- Beschließen Bundestag und Bundesrat eine Erhöhung des Kindergeldes, bekommen zwar die Eltern im Sozialleistungsbezug diese Erhöhung auch, aber diese Erhöhung wird wieder als zusätzliches Einkommen gewertet, sodass die Transferzahlungen um genau diesen Betrag wieder gekürzt werden. Es ist erschütternd, dass auf der einen Seite das Kindergeld erhöht wird, und auf der anderen Seite diejenigen, die es am meisten brauchen, nämlich die Kinder der Sozialleistungsempfänger, davon ausgeschlossen werden.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(A) Dass die schwarz-gelbe Familienpolitik nicht dafür gemacht ist, Familien- und damit auch Kinderarmut zu vermeiden, zeigt sich auch an der unsäglichen Geschichte des Betreuungsgeldes. Es ist deshalb eine unsägliche Geschichte, weil mit dem Betreuungsgeld das seit den Fünfzigerjahren tradierte Frauenbild auch weiterhin zementiert werden soll. Das Betreuungsgeld ist eine Herdprämie. Die schnelle Rückkehr oder ein schneller Einstieg von Frauen in das Berufsleben ist nur mit einem bedarfsgerechten Angebot von Betreuungsplätzen möglich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das Betreuungsgeld ist eine Kita-Fernhalteprämie und eine bildungspolitische Katastrophe für die Kinder in unserem Land. In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für die späteren Bildungschancen gelegt, und eine hohe Beteiligung von Kindern verringert die Abhängigkeit des späteren Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft der Kinder. Hier gibt es bei uns in Deutschland einen erheblichen Nachholbedarf. Mit dem Betreuungsgeld wird gerade Familien mit geringen Einkommen ein falscher Anreiz dafür gegeben, ihre Kinder nicht an frühkindlicher Bildung teilhaben zu lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Wie absurd und ungerecht die Anti-Kita-Prämie ist, zeigt, dass auch hier Hartz-IV-Empfängern das Geld als Einkommen angerechnet und von den Bezügen abgezogen wird.

Mit der steuerlichen Förderung von Ehe und Kindern werden große Summen wirkungslos aus dem Fenster geworfen, ohne die Kinderarmut wirkungsvoll zu bekämpfen oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erhöhen. Auf der anderen Seite fehlt den Ländern und den Kommunen – und das spüren wir hier ja sehr stark – das Geld, um für Kinder eine gute Betreuung und ausreichend Plätze in Kindertagesstätten zur Verfügung zu stellen und ein ausreichendes Angebot an Ganztagschulen zu ermöglichen. Eine solche soziale Infrastruktur wirkt in mehrfacher Hinsicht positiv, denn die Entwicklung der Kinder würde dann unabhängig vom Elternhaus erfolgen. Nur so legen wir den Grundstein für soziale Mobilität. Weiter wird beiden Eltern ermöglicht, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Damit wird den Wünschen vieler Frauen Rechnung getragen, sich nicht mehr zwischen Kind und Karriere entscheiden zu müssen. Aus einem Oder wird ein Und!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ganz nebenbei werden aus Frauen, die vorher auf indirekte oder direkte Unterstützung des Staates

angewiesen waren, Steuer- und Beitragszahlerinnen in den Sozialversicherungssystemen, und wir wissen alle, wie wichtig das im Hinblick auf Frauenarmut im Alter ist. Nicht zuletzt besteht die Hoffnung, dass sich mehr Frauen ihre unerfüllten Kinderwünsche erfüllen, wenn sie beruflich nicht mehr zurückstecken müssen.

Die Familienpolitik in Deutschland ist teuer, intransparent, ineffizient und meistens ungerecht. Es gelingt weder, Kinderarmut zu verhindern, noch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erhöhen. Wenn Frauen sich ihre Kinderwünsche nicht erfüllen und die Geburtenrate niedrig ist, dann sollte uns das eine dringende Warnung sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Unter der schwarz-gelben Merkel-Regierungskoalition ist die Familienpolitik noch teurer und noch ungerechter geworden. Wir brauchen eine Politik, damit weniger Kinder in Armut leben, wir brauchen eine Politik, damit Frauen Familie und Karriere vereinbaren können, und wir brauchen eine andere Politik, damit wir ein kinderfreundliches Land werden können. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(D) **Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel.

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den aktuellen Wirbel um die schwarz-gelbe Familienpolitik hat eine Studie des Finanzministeriums und des Familienministeriums ausgelöst, wie meine Vorrednerin schon erwähnt hat. Seit dem Jahr 2009 wurden in ihr 13 zentrale Familienleistungen hinsichtlich ihrer Nützlichkeit untersucht und ausgewertet. Auch das hat meine Vorrednerin erwähnt: Leider ist die Studie noch nicht veröffentlicht worden. Abzuzeichnen scheint sich aber folgendes Ergebnis, 12 von 13 Familienleistungen erweisen sich der Studie zufolge als unzweckmäßig.

Nur die Investitionen in die Kinderbetreuung scheinen erfreulicherweise Positives zu bewirken, dies allerdings nicht nur für die Familien, sondern auch für den Staat. Die Kinderbetreuung rentiert sich für den Staat von allen gezahlten Leistungen am meisten. Nicht vergessen werden sollte dabei jedoch, dass die Studie des Finanzministeriums und des Familienministeriums in Auftrag gegeben worden ist, um eine Kosten-Nutzen-Analyse der 200 Milliarden Euro zu erstellen, die der Staat jährlich für Familien ausgibt. Mit dieser Studie ließen sich demzufolge generell

\*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) auch Kürzungen rechtfertigen, wenn die Forscher nachweisen können, dass einige Leistungen unnötig und zudem teuer für den Staat sind.

Ich möchte auf Folgendes hinaus: Die Studie an sich liefert auf der einen Seite möglicherweise wichtige Informationen darüber, wo das viele Geld am sinnvollsten ausgegeben worden wäre. Wenn diese Studie auf der anderen Seite kein Legitimationsentwurf für Kürzungen wird, sondern für eine sinnvolle Umverteilung der Familienleistungen sorgt, dann halten wir sie für angebracht. Wir fordern seit Jahren ein komplettes Umdenken in der Familienpolitik, weil die aktuell bestehenden Zuwendungen an Familien eben zum Teil nicht nur sinnentleert, sondern auch sozial unausgewogen sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Wir fordern einen intensiven Ausbau der Kinderbetreuung und wünschen uns auch höhere Standards bezüglich der Betreuungsschlüssel und für die frühkindliche Förderung. Aus unserer Sicht wäre demnach genau zu prüfen, welche Familienleistungen explizit auch unter sozialen Gesichtspunkten unproduktiv sind. Diese Gelder sollten dann in vorbildlich ausgestattete Kindergärten und Schulen investiert werden. Wird diese Reform umgesetzt, sehen wir die Ergebnisse der Studie als wirkliche Chance für einen grundlegenden Wandel zu einer sozial gerechteren Familienpolitik. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man merkt, der Wahlkampf hat begonnen. Jetzt einmal ganz ehrlich, Sie sollten sich hier wirklich einmal um Ihre eigenen Probleme kümmern!

(Beifall bei der CDU)

Immer wieder erlebe ich hier das gleiche System: Sie penetrieren bundespolitische Themen, anstatt sich einmal um Ihre eigenen Probleme zu kümmern.

(Beifall bei der CDU)

Man könnte auch sagen: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, sonst stürzt ihm das eigene Dach auf den Kopf!

(Erneuter Beifall bei der CDU)

\*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Ehe und Familie stehen laut Artikel 6 des Grundgesetzes unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung, dazu stehen wir als CDU auch heute noch. Das heißt aber nicht, dass wir der Auffassung sind, dass nur dieser Bereich zu fördern ist. Ganz im Gegenteil, wir haben das gleiche Bild wie Sie, dass wir sagen, Familie ist dort, wo Kinder sind! Liebe Grüne, wenn Sie sich mit unseren entsprechenden Publikationen auch einmal inhaltlich beschäftigen würden, wüssten Sie das. Sehen Sie sich doch einmal die entsprechenden Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung an!

(C)

Wenn ich Revue passieren lasse, was ich hier heute gehört habe, um einmal ganz kurz auf den bundespolitischen Teil einzugehen, dann stelle ich fest, früher galt für die Familie „alle für einen, einer für alle“, das Motto der Musketiere. Sie, liebe Sozialdemokraten, halten es hier eher mit Kardinal Richelieu, der immer gesagt hat: Jeder für sich, und am meisten für mich. Ich will es Ihnen auch kurz erklären. Sie haben vor, nach dem was Sie so erzählen, im Endeffekt Familien erst einmal ohne Rücksicht auf Kinderlasten abzukassieren, dann gibt man ihnen den Bedarf hinterher als Kindergeld wieder zurück; Sie wollen das Kindergeld ja massiv erhöhen.

(Abg. Frau **Garling** [SPD]: Wir wollen es gerechter machen, Frau Ahrens!)

Mit anderen Worten, Sie sagen damit, dem Staat, also den Parteien, gehört erst einmal alles, und hinterher gibt man dann etwas ab. Früher nannte man das Sozialismus, heute nennt man das neue sozialdemokratische Ideen. Wenn man beispielsweise, wie es in dieser nicht veröffentlichten Studie steht, die Witwenrente einschränkt, dann schafft man, weil es nämlich Menschen gibt, die sich darauf verlassen haben, in Zukunft wieder massenhaft Altersarmut und sorgt dafür, dass neue Personenkreise zum Fürsorgeamt in die Grundsicherung kommen et cetera. Genau darum geht es doch!

(D)

Ich sage Ihnen noch eines, die wirtschaftliche Zerschlagung der Familie, die von Ihnen jetzt vorgenommen wird – ein Kommentar in der „Wirtschaftswoche“, die ja eher wirtschaftsorientiert ist, nannte das „Familien-Fracking“ –, kann dann ja hinterher, wenn man die Familie schön separiert und in Einzelteile zerlegt hat, dafür sorgen, dass man dann jedes einzelne Teil wieder versorgt. Das kann dann in Dankbarkeit ausarten, und man wird ordentlich bei der nächsten Wahl wiedergewählt. Das ist der falsche Weg, meine Damen und Herren!

Ich sage Ihnen auch ganz ehrlich, wenn Sie hier sagen, dass möglichst jede Frau an der Kasse eines Supermarktes für ihre Sozialbeiträge schuftet soll und dann Steuern dafür bezahlen soll, dass andere Frauen ihre Kinder erziehen, und dass das dann die endgültige Befreiung der Frau ist, wie Sie es hier propagieren, dann sage ich Ihnen als Frau: Nein,

(A) danke schön, das wollen wir Frauen bitte schön selbst entscheiden!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau H o c h [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Sie nehmen ihnen doch die Wahlfreiheit!)

Nein, wir nehmen ihnen nicht die Wahlfreiheit! Das, was Sie hier behaupten, stimmt zum Teil wirklich nicht. Wenn man überlegt – und jetzt komme ich noch einmal auf eine Tatsache zurück –, dass das Kindergeld zu zwei Dritteln gar keine Leistung des Staates ist, sondern eine vom Bundesverfassungsgericht festgeschriebene steuerliche Freistellung des Existenzminimums der Kinder, dann müsste nach der Logik, die Sie hier gerade verbreiten, auch gelten, dass der Grundfreibetrag für Erwachsene auch eine Leistung des Staates ist, der immerhin 120 Milliarden Euro pro Jahr ausmacht.

Ich sage Ihnen auch, wir debattieren hier eine Studie, die weder Ihnen noch mir vorliegt. Sie scheint ja zumindest dem „Spiegel“ vorzuliegen, der darüber geschrieben hat, und vielleicht auch der „Süddeutschen Zeitung“, ich weiß nicht, ob sie sie tatsächlich haben oder ob sie voneinander abgeschrieben haben. Es irritiert uns aber doch zutiefst, wenn wir hier etwas debattieren, das weder Ihnen noch mir vorliegt. Ich möchte mir das erst einmal anschauen.

(B) Auch wenn wir uns mit dem Thema wirklich einmal konkret auseinandersetzen und fragen, wie es eigentlich hier vor Ort aussieht, dann stellen wir doch fest, dass wir eine Aktuelle Stunde zum Thema „Rot-grüne Familienpolitik: zu schlecht, um wahr zu sein!“ führen müssen. Ich möchte einmal auf einige Versäumnisse, die Sie hier vor Ort ganz konkret gemacht haben, eingehen.

Sie haben für den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen einige Gelder des Landes Bremen bereitgestellt,

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Einige Gelder!)

aber insgesamt viel weniger, als Sie eigentlich hätten tun können. Wir haben jetzt das Problem, dass ab 1. August dieses Jahres der Rechtsanspruch besteht, und wir werden sehen, wie viele Eltern hinterher leer ausgehen werden, denn, das muss man deutlich sagen, vieles von dem, was seit dem Jahr 2008 hätte gemacht werden können, wurde eben nicht gemacht. Es wurden vorrangig die Bundesgelder verwendet, eigene Gelder wurden wenig in Teilbereichen verwendet – beim Investitionsausbau –, deswegen hat Frau Familienministerin Schröder Bremen ja auch mehrmals gerügt.

(Abg. Frau H o c h [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist nicht unsere Ministerin!)

(C) Obwohl wir gesetzlich dazu verpflichtet gewesen wären, haben wir in den letzten Jahren die rot-grüne Bedarfsanalyse für Krippenplätze immer wieder verschoben. Als wir sie dann endlich durchgeführt haben, war sie so dilettantisch, dass sie viele Eltern gar nicht erreichte und wir letztlich keine Personen in sozial benachteiligten Stadtteilen und Personen mit Migrationshintergrund wirklich erreicht haben. Wer die Studie überhaupt beantwortet hat, musste schon kriminalistisches Geschick haben, wie zum Beispiel eine Mutter, die drei Wochen lang versucht hat, die Online-Befragung tatsächlich zu beantworten. Das ist, das sage ich Ihnen, dilettantisch. Herr Tschöpe konnte es ja ebenfalls nicht fassen, hat erst einmal alle Ortsämter angeschrieben und um konkrete Zahlen gebeten, leider ebenfalls ohne Ergebnis, wie wir wissen.

(Abg. S e n k a l [SPD]: Wieso?)

Jetzt, kann ich Ihnen nur sagen, stehen wir Eltern im Regen. Das ist zu schlecht, um wahr zu sein!

Ich möchte noch einige Versäumnisse aufzeigen. Sie haben jetzt mitten im Kindergartenjahr nach der Rasenmähermethode einfach einmal auf die Schnelle die Gebühren erhöht. Leidtragende sind kinderreiche Familien und Familien in den unteren Einkommensschichten. Sie sagen ja, Sie sind für den Mindestlohn. Bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro kommen Sie ungefähr auf 1 360 Euro Bruttolohn. Wenn Sie dann noch, wie in Bremen, das Kindergeld darauf anrechnen, kassieren Sie diese Familien erst einmal wieder ab, indem Sie ihnen ordentlich Elternbeiträge abverlangen. Sie wollen es jetzt, nachdem Sie unseren Antrag an der Stelle abgelehnt haben, nachträglich verändern und die ungerechte Gebührentabelle tatsächlich einmal überarbeiten. Letztlich ist es aber eine riesige Schweinerei, was Sie hier in Bremen machen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Absoluter Wahnsinn, aber das hatten wir ja schon einmal!)

(D) Absoluter Wahnsinn ist das, was Sie hier alles versäumen, lieber Herr Dr. Güldner! Wir machen seit dem Jahr 2008 auf das Thema Erziehermangel aufmerksam. Sie haben dann, weil Sie die Ausbildung von vier auf fünf Jahre verlängert haben, zwei zusätzliche Erzieherklassen eingerichtet. Das haben Sie doch nicht getan, um tatsächlich dem Erziehermangel zu begegnen. Was ist passiert? Sie sind wieder eingestellt worden, weil der Bildungsbereich kein Geld hat, obwohl er eigentlich einer Ihrer Schwerpunkte ist.

Wir werden in einen massiven Erziehermangel hineinlaufen, der auch schon in vielen Bereichen angekommen ist. Die Elternvereine klagen seit dem Jahr 2010 darüber, dass sie massive Schwierigkeiten haben, Stellen wiederzubesetzen und qualifiziertes

(A) Personal zu finden. KiTa Bremen, um einen großen Träger zu nehmen, hat derzeit immer ein Loch von ungefähr 20 Stellen, die sie nicht schnell genug besetzen können. Wir fangen an, mit Leiharbeitsfirmen in den Kindergärten in Bremen zu arbeiten, um die Betreuung, die Bildung und die Erziehung der Kinder tatsächlich sicherstellen zu können.

Wenn Sie sich ansehen möchten, wohin das noch führen wird, schauen Sie einmal nach München – übrigens auch von der SPD regiert –, wo der Erziehermangel noch eklatanter ist! Dort sehen Sie, dass schon Prämien an Leiharbeitsfirmen für die Übernahme von Arbeitskräften von Kitas gezahlt werden. Dort werden auch schon ausländische Fachkräfte aus Spanien und Griechenland angeworben, und darauf wird es auch bei uns in Bremen irgendwann hinauslaufen. Das ist schade, denn wir hätten es aus eigener Kraft schaffen können.

Sie haben, weil Sie sich in Ihren beiden Parteien nicht einig waren, beim Thema Ganztagschule/Hort ein absolutes Parallelsystem geschaffen. Sie wollten an der Stelle eigentlich die Ganztagsgrundschulen ausbauen, waren sich aber nicht sicher, und sie haben es nicht mit dem Anmeldeverfahren geschafft. Derzeit laufen beide Systeme parallel, Mehrkosten 1,7 Millionen Euro. Wenn man überlegt, dass Sie genau das durch die Beitragserhöhung hereinholen, dann wissen Sie, woher das Loch für die Krippenbetreuung kommt. Sie konnten sich nicht einigen und haben hier dann entsprechend die –.

(B)

(Abg. Frau Schmidtke [SPD]: Faden verloren?)

Nein! Sie haben hier die Eltern, deren Kinder jetzt in den Horten sind, verunsichert, denn sie wissen gar nicht, wie es jetzt aussieht. Läuft es auch in den nächsten Jahren weiter? Lassen Sie die doppelte, parallele Betreuung, oder bauen Sie weiter um, wie Sie es ursprünglich wollten? Das ist etwas, was die Eltern hier in Bremen in Unsicherheit zurücklässt.

Wenn Sie sich anschauen, was Sie schon zum Thema Ausbau der Ganztagsgrundschulen beschlossen haben: Pfälzer Weg beispielsweise! Erst haben Sie gesagt, Sie machen es, dann haben Sie gesagt, nein, wir machen es doch nicht mehr, und dann haben Sie es um ein Jahr verschoben.

(Glocke – Abg. Güngör [SPD]: Aber es wird gemacht!)

Schaut man sich das an, dann stellt man eines fest: Hier in Bremen gibt es genug zu tun, und man kann deutlich sagen, dass Sie vieles nicht machen und extrem oft auf den Bund verweisen. Eines möchte ich Ihnen aber sagen: Das, was Sie hier machen, ist rein populistischer Wahlkampf!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

(C)

Abg. Frau **Garling** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ahrens, der Titel der Debatte muss wehgetan haben, denn Sie weichen in der Sache aus!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Ehrlich gesagt, ich möchte Ihnen nicht zu nahe treten, aber ich habe wirklich das Gefühl, Sie haben die ganze Systematik auch nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Ich möchte darüber hinaus auch noch einmal betonen, wir und die Grünen hätten diese Studie nicht gebraucht.

(Erneuter Beifall bei der SPD und beim  
Bündnis 90/Die Grünen)

Die Erkenntnisse der Ergebnisse dieser Studie haben wir sowieso schon lange vorliegen. Ich sage Ihnen einmal ganz ehrlich, wir hätten die letzten Jahre genutzt, um die richtigen Schritte in die richtige Richtung zu gehen. – Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Frehe.

**Staatsrat Frehe**\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem Frau Ahrens hier einen Debattenbeitrag gehalten hat, den ich nur schwer mit dem Thema in Einklang bringen kann, möchte ich auf die eigentliche Themenstellung wieder zurückkommen und drei Thesen aus Sicht des Senats zu dieser Debatte beitragen.

Die erste These ist: Die Familie ist stärker als früher in die Gesellschaft eingebunden. Sie wurde immer als Keimzelle der Gesellschaft bezeichnet, aber heute sind Familien auch immer mehr auf Unterstützung angewiesen. Wir haben im Bereich der Jugendhilfe ein ganzes System von Hilfen, wie zum Beispiel Erziehungsbeistandsschaften, Jugendhilfemaßnahmen, wie Familienhilfe und Ähnliches, um die Erziehung in der Familie überhaupt sicherzustellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

\* ) Von der Rednerin und vom Redner nicht überprüft.



(A) Das heißt, wir haben viel mehr als in der Vergangenheit eine viel stärkere Verschränkung der Familie mit den gesellschaftlichen Hilfesystemen und -notwendigkeiten.

Das Zweite zu diesem Thema: Wir haben immer mehr Einkindfamilien, das bedeutet, gerade die Sozialisation der Kinder bedarf einer Infrastruktur, um von anderen Kindern zu lernen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

um sich auch zu entwickeln. Deshalb brauchen wir eine stärkere Orientierung auf die Infrastruktur als auf Geldleistungen, die der Familie zur Verfügung gestellt werden.

Der dritte Punkt ist: Es besteht immer mehr die Notwendigkeit, dass in den Tageseinrichtungen nicht Betreuung, sondern Bildungsprozesse stattfinden, damit die Chancen gerade von Kindern, die benachteiligt sind, verbessert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Viertens haben wir auch den inklusiven Auftrag. Damit meine ich nicht nur die Integration oder die Einbeziehung behinderter Kinder, sondern auch gerade die Kinder von Migrantinnen und Migranten. Wir sind eine bunte Gesellschaft geworden, und auch dort müssen wir über Tageseinrichtungen, über solche infrastrukturellen Maßnahmen die Förderung, Unterstützung und Entwicklungschancen der Kinder sicherstellen.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Die zweite These überschneidet sich teilweise mit dem, was Frau Garling dargestellt hat. Familienleistungen müssen gerecht sein, und sie ersetzen keine Infrastruktur. Deutschland gilt trotz hoher familienpolitischer Leistungen immer noch als kinderfeindlich. Ich denke, wenn wir das angehen wollen, dann ist klar, dass wir ein Kinderleistungssystem brauchen, das der kindlichen Entwicklung gerecht wird.

Wir haben zahlreiche Überschneidungen unterschiedlicher Leistungssysteme, die geschaffen worden sind. Ich nehme nur einmal den Kinderzuschuss mit der Überschneidung zum Sozialgeld. Hier ist ganz klar, dass das Betreuungsgeld abgelehnt wird, aber ich nehme einmal einen Aspekt, der auch schon von Frau Wendland angesprochen worden ist. Wie kann man im Grunde genommen ein Betreuungsgeld vorsehen, das ja die kindliche Unterstützung und Teilhabe verbessern soll, und es dann auf SGB-II-Leistungen, also auf Einkommensleistungen, anrechnen? Das ergibt doch überhaupt keinen Sinn, und ich halte es für verfassungswidrig!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die  
Grünen und bei der LINKEN)

Ich halte den Ausschluss von Eltern, die SGB-II-Leistungen beziehen, also Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, von dem Betreuungsgeld für verfassungswidrig. Ich würde mir wünschen und gehe auch davon aus, dass dieser Aspekt bei einer möglichen Verfassungsklage Hamburgs, der wir uns anschließen wollen, auch einbezogen wird.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Es sind auch schon das Ehegattensplitting und der Kinderfreibetrag angesprochen worden. Frau Ahrens, wirklich: Sie können doch gar nicht darüber hinweggehen, dass die Tatsache, dass man einen Kinderfreibetrag hat, eine verteilungspolitische Auswirkung hat, dass diejenigen, die ein höheres Einkommen haben, mehr Geld für ihre Kinder bekommen als diejenigen, die kein oder ein geringes Einkommen haben! Bei denjenigen, die kein Einkommen haben und Sozialleistungen beziehen, bleibt es bei dem Sozialgeld, und es wird nicht erhöht. Das ist eine verteilungspolitische Ungerechtigkeit, das muss man einfach sehen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Als dritte These möchte ich beisteuern: Familien sind eben nicht nur heterosexuelle Zusammenschlüsse von zwei Personen mit Kindern, sondern der Familienbegriff muss weiter gefasst werden. Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt gerade einen wichtigen Beitrag geleistet und gesagt, die nachträgliche Adoption bei gleichgeschlechtlichen Paaren darf nicht schwieriger sein als bei heterosexuellen Paaren.

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Wir haben auch viele Patchwork-Familien. Wir müssen auch überlegen, ob familienpolitische Leistungen diesen Familien nicht in gleicher Weise zur Verfügung gestellt werden. Wir brauchen ein offenes Verständnis von Familie, und dazu gehören auch andere Konstellationen, als man sie sich bei Schaffung des Grundgesetzes in Artikel 6 vorgestellt hat. Dazu hat das Bundesverfassungsgericht eindeutige Hinweise gegeben, es hat über das Urteil hinaus – es hat in einem schmalen Bereich entschieden – darauf hingewiesen, dass wir ein moderneres und anderes Familienverständnis brauchen, als es bei der Schaffung des Grundgesetzes zugrunde gelegen hat. Die Gesellschaft hat sich verändert!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Ich denke, ein Ansatz, der jetzt auch gerade von Rheinland-Pfalz in den Bundesrat eingebracht wird,

(A) wäre, eine Initiative zu schaffen, dass wir zum Beispiel den Begriff Ehe komplett erweitern auf alle Formen des dauerhaften Zusammenlebens, also sowohl auf homosexuelle Paare als auch auf Paare, die sich in Patchwork-Zusammensetzungen gefunden haben. Ich denke, dahin müssen wir kommen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

Wenn man die schwarz-gelbe Familienpolitik beurteilt, ist ein riesiger Reformbedarf vorhanden, denke ich. Wir müssen die Leistungen anders orientieren, ein Schwergewicht auf die Infrastruktur legen und ein modernes Familienverständnis etablieren. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/  
Die Grünen)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist das zweite Thema der Aktuellen Stunde erledigt.

Auf Antrag der Abgeordneten Strohmann, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU lautet das dritte Thema der Aktuellen Stunde:

(B) **Lasten der Energiewende gerecht verteilen –  
Strompreisbremse jetzt vereinbaren!**

Es ist jetzt 12.40 Uhr. Ich schlage Ihnen vor, dass wir in die Mittagspause hinein beraten und die Mittagspause um die überzogene Zeit verlängern. – Ich stelle Einverständnis fest.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Jahr 2011 ist es uns gelungen, einen überparteilichen Konsens zum Atomausstieg zu finden. Bis zum Jahr 2020 werden alle Atomkraftwerke vom Netz genommen, ein riesiger Erfolg, aber dass es diese energiepolitische Wende nicht zum Nulltarif geben kann, war von Anfang an klar. Im Gegenteil, es kommen Kosten in Milliardenhöhe auf uns zu. Auf uns heißt in diesem Fall, dass jeder Bürger und jedes Unternehmen einen Anteil leisten muss. Nun geht es darum, diese Lasten gerecht auf alle Schultern zu verteilen. Wir müssen also einen Weg finden, wie einerseits die Strompreise nicht beliebig weiter steigen und andererseits die erneuerbaren Energien ausreichend gefördert werden, damit sie marktfähig werden.

Zurzeit betreiben wir die Energiewende mit einem Instrumentarium aus den Neunzigerjahren, dem EEG, ein System, das bisher sehr gut funktioniert hat und um das wir im Ausland beneidet werden. Durch die

extreme Beschleunigung der Energiewende hat sich das EEG jedoch im letzten Jahr überholt und bedarf dringend einer Reform. Zum einen ist es zu einer erheblichen Überforderung von bestimmten erneuerbaren Energien gekommen, wie zum Beispiel der Solarenergie oder der Biomasse. Ein überproportionaler Anstieg der EEG-Umlage innerhalb kurzer Zeit war die Folge. Die Solarenergie und die Biomasse sind jedoch längst marktfähig und bedürfen nicht mehr einer so starken Förderung wie bisher.

Zum anderen ist das geltende EEG allein auf den quantitativen Ausbau der erneuerbaren Energien ausgerichtet. Das Motto war bisher, einfach möglichst viel zu bauen. Auf die qualitative Zusammensetzung wurde dabei kaum geachtet, ob also die zeitliche Erzeugung, die räumliche Verteilung oder ihr Zusammenspiel mit konventioneller Energie und dem Ausbau der Netze überhaupt vereinbar ist. Dadurch besteht die Gefahr, dass durch das EEG vermeidbare Mehrkosten entstehen, die Bürger und Unternehmen belasten. Die Energiewende wird jedoch nur dann gelingen, wenn sie volkswirtschaftlich verantwortlich und bezahlbar ist.

(Beifall bei der CDU)

Das Ziel muss daher sein, dass die Kosten für den Endverbraucher bezahlbar bleiben. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht zu stark belastet werden, und die Industrie muss weiterhin im internationalen Wettbewerb bestehen können. Es ist vollkommen richtig, dass auf Bundesebene der Anstoß gegeben wurde, das EEG zu reformieren, und das wird auch von den Vertretern der erneuerbaren Energien als zwingend erforderlich angesehen. Die Frage ist nun: Wie soll das EEG reformiert werden? An welcher Stelle können wir die Bürgerinnen und Bürger entlasten beziehungsweise belasten? Was kann der Mittelstand verkraften? Was können wir den großen energieintensiven Unternehmen zumuten? Welche Regelungen können gefunden werden, dass die erneuerbaren Energien gefördert, aber nicht überfordert werden?

Die Reform des EEG ist eine komplexe Aufgabe, die nicht über das Knie gebrochen werden darf. Bundesminister Altmaier hat hierzu einen Vorschlag unterbreitet, der in den vergangenen Wochen auf viel Kritik gestoßen ist, aus meiner Sicht teilweise zu Unrecht, teilweise auch zu Recht, aber dazu komme ich gleich. Schauen wir uns die wesentlichen Punkte des Vorschlags von Herrn Altmaier einmal genau an!

Erstens, die Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen sollen reduziert werden. Ich glaube, wir sind uns in diesem Hause alle einig, dass das richtig und notwendig ist.

Zweitens sollten auch diejenigen eine EEG-Umlage bezahlen, die Strom selbst produzieren und verbrauchen. Auch das kann nur richtig sein, schließlich muss jeder einen Beitrag zur Energiewende leisten.

(C)

(D)